Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Bekanntmachung

Die 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung findet am Dienstag, den 16.02.2016 statt.
Beginn: 17:30 Uhr
Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Bereits um 15:30 Uhr findet für die Mitglieder des Ausschusses ein Besuch der Herberge für obdachlose Menschen in der Mühlgrabenstraße 10, 18437 Stralsund statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1	Besuch der Obdachlosenunterkunft ab 15:30 Uhr
2	Beginn der Sitzung 17:30 Uhr Bestätigung der Tagesordnung
3	Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 19.01.2016
4	Beratung zu Beschlussvorlagen
5	Beratung zu aktuellen Themen
5.1	Anregung nach § 3 Geschäftsordnung der Bürgerschaft von Herrn Daniel Ruddies
5.2	ROLLYE - die Rollstuhl-Rallye 2016
6	Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

7	Beratung zu Beschlussvorlagen
8	Beratung zu aktuellen Themen
9	Verschiedenes

Öffentlicher Teil

10	Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sabine Ehlert
Vorsitz

TOP Ö 3

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Niederschrift
der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum:	Dienstag, den 19.01.2016
Beginn:	17:00 Uhr
Ende	18:15 Uhr
Raum:	Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Vorsitzende/r
Frau Sabine Ehlert

stellv. Vorsitzende/r
Herr Reinhard Kremser

Mitglieder

Frau Dr. Heike Carstensen	ab 17:05 Uhr
Herr Heino Fleischer	
Frau Kerstin Friesenhahn	ab 17:05 Uhr
Frau Anett Kindler	
Frau Maria Quintana Schmidt	
Frau Dr. med. Annelore Stahlberg	

Vertreter

Frau Kathrin Ruhnke	Vertretung für Herrn Harald Ihlo

Protokollführer
Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung
Herr Holger Albrecht
Herr Stephan Bogusch
SDAZUBI

Gäste
Herr Richard Kreutzberg
Frau Regina Günzel
Frau Gabriela Runge
Frau Kati Bischoff
Frau Manila Gleisberg

Tagesordnung:

1	Bestätigung der Tagesordnung
2	Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 24.11.2015
3	Beratung zu Beschlussvorlagen

4 Beratung zu aktuellen Themen

4.1 Grünphasen an Ampeln vor Pflegeheimen, Krankenhäusern, Schulen und Kindereinrichtungen
Einreicher: Uwe Jungnickel
Vorlage: AN 0097/2015

4.2 Informationen zum Stand der Flüchtlingsproblematik Integration, Unterbringung, Zuständigkeiten, Auswirkung auf die Arbeit der Stadtteilkoordinatoren

4.3 Migrations- und Integrationsbeauftragte/er - Sachstand der Stellenbesetzung

5 Verschiedenes

9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:
Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen und Ergänzungen einstimmig bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Stimmenthaltungen 0 Gegenstimmen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 24.11.2015

Die Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 24.11.2015 wird ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Vorlagen zur Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Grünphasen an Ampeln vor Pflegeheimen, Krankenhäusern, Schulen und Kindereinrichtungen
Einreicher: Uwe Jungnickel
Vorlage: AN 0097/2015

Herr Bogusch informiert über Veränderungen zu einzelnen Ampelanlagen wie die Verlängerung der Grünphasen an der Brunnenaue. Die Ampelanlage in der Karl-Marx-Straße wird basierend auf eine verringerte Bewegungsgeschwindigkeit von 1,2 m/s angepasst. Zur Ampel an der Kreuzung am Tribseer Damm – Deutsche Bank wird Ende des Monats eine schriftliche Beantwortung erfolgen. Herr Bogusch geht davon, dass wenig Spielraum für Änderungen vorhanden sein wird, weil viel Kfz-Verkehr in verschiedene Richtungen dort abgefertigt wird. Die Greifswalder Chaussee wird ebenfalls noch geprüft. Zusammenfassend ist zu sagen, dass alle bestehenden Anlagen den gesetzlichen Richtlinien entsprechen. Herr Bogusch bittet um Informationen, falls auch andere Ampelanlagen geprüft werden sollen.

Frau Kindler fügt hinzu, dass sie die schnelle Bearbeitung sehr lobenswert findet.

Frau Ehlert ergänzt, dass eine weitere und langfristige Beobachtung dieser Angelegenheit wünschenswert ist.

Frau Ehlert schlägt vor, der Bürgerschaft mitzuteilen, dass der Antrag mit der Beratung im Ausschuss als umgesetzt zu betrachten gilt. Die Ausschussmitglieder sind mit der Vorgangsweise einverstanden und der Präsident wird hierüber informiert.

zu 4.2 Informationen zum Stand der Flüchtlingsproblematik
Integration, Unterbringung, Zuständigkeiten, Auswirkung auf die Arbeit der Stadtteilkoordinatoren

Gäste: Frau Bischoff, Frau Gleisberg – Landkreis Vorpommern-Rügen

Herr Albrecht informiert, dass die zugewiesenen Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH (SWG) untergebracht wurden. Die Aufgabe wurde von der Hansestadt Stralsund an den Landkreis abgegeben. Nach der Besetzung der neu geschaffenen Stelle wird der Schwerpunkt der Arbeit hier auf Integration liegen. Dazu zählen die Einbindung in Arbeit, das tägliche und kulturelle Leben sowie der Besuch einer Schule. Zum letzten Punkt wurde diesbezüglich in jeder Schule eine Klasse mit „Deutsch als Zweitsprache“ eingerichtet.

Frau Gleisberg gibt bekannt, dass sie seit dem 01.01.2016 Fachdienstleiterin für den Bereich Soziales im Landkreis ist, sodass sie damit ebenfalls den Bereich Asyl betreut.
Im Jahr 2015 wurden 3287 Asylbewerber im Landkreis Vorpommern-Rügen untergebracht, was einen Anteil von 17,5 % der Landeszuweisung darstellt. Die Aufteilung der Flüchtlinge erfolgte nach Zahl der Einwohner, sodass Stralsund den größten Teil im Landkreis erhalten hat. Dafür stellte Stralsund Objekte bereit, welche sich als Gemeinschaftsunterkünfte eignen. Seit 2013 findet zudem die dezentrale Unterbringung in einzelnen Wohnungen statt. Frau Gleisberg bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit der Hansestadt Stralsund.
Weitere Informationen über die Situation in Stralsund:

1. 3 Gemeinschaftsunterkünfte mit 407 Asylbewerbern zzgl. 126 Aufenthaltstitelträger auf Wohnungssuche in Stralsund oder Ballungszentren
2. Dezentral sind 494 Asylbewerber zzgl. 91 Menschen mit Aufenthaltstitel untergebracht

Für das Jahr 2016 werden im Land Mecklenburg-Vorpommern 22500 Flüchtlinge erwartet, was für den Landkreis 3274 ausmachen würde. Demzufolge bedeutet dies für Stralsund eine Aufnahmeprognose von etwa 800 Flüchtlingen. Die SWG unterstützt den Landkreis bei der Wohnungssuche, indem sie für jeden Personenkreis Unterkünfte zur Verfügung stellt.

Zusammenfassend hat Stralsund die Aufnahmequote für 2015 erfüllt, was auch 2016 zu erwarten ist.

Auf die Fragen von Frau Ehlert antwortet Frau Gleisberg, dass Flüchtlinge, die keine Aussicht auf die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft haben, in den Erstaufnahmelagern bleiben sollen, um dann in sichere Herkunftsländer abgeschoben zu werden. Die Anerkennung dieser Eigenschaft erfolgt überwiegend bei den Syrern. Dann werden die Asylbewerber auf die dezentralen Wohnungen aufgeteilt, die zur Verfügung stehen. Mit Erhalt des Aufenthaltstitels geht der Anspruch auf soziale Betreuung des Landkreises, also Sozialamt, verloren. Die Zuständigkeit wechselt dann zu Jobcentern, Kirchen und freien Trägern.
Die Betreuung der dezentralen Wohnungen wird nur durch freie Träger wie Malteser durchgeführt. Der Arbeiter-Samariter-Bund übernahm die Betreuung der Asylbewerber in Jugendherbergen.

Auf die Fragen von Frau Dr. Carstensen merkt Frau Gleisberg an, dass der Integrationsbeauftragte des Landkreises Vorpommern-Rügen die Asylbewerber betreut, welche noch keinen Aufenthaltstitel besitzen. Der Landkreis bedient sich hierfür der freien Träger. Der Landkreis beschäftigt ebenfalls einen Integrationslotsen, welcher organisatorisch dem Jobcenter zugewiesen ist.
Nach Erhalt des Aufenthaltstitels endet rein rechtlich die Zuständigkeit des Landkreises für den Flüchtling. Praktisch ist dies kaum umsetzbar, da beispielsweise eine Wohnung mit fünf Flüchtlingen, von denen zwei einen Aufenthaltstitel bekommen und drei noch nicht, durch den Betreuer der Malteser besucht wird und dieser selbstverständlich alle Bewohner unterstützt. Finanziell endet jedoch strikt die Zuständigkeit des Landkreises.
Für die dezentralen Unterkünfte ist ein Betreuungsschlüssel von 1 zu 7 installiert.

Frau Ehlert informiert sich, ob der Betreuungsschlüssel pro Kopf oder pro Familie ist. Frau Gleisberg ergänzt, dass dieser pro Kopf gilt.

Frau Kindler hinterfragt wie die Tendenz der in Stralsund verbleibenden und der von Stralsund wegziehenden Flüchtlinge nach Aufenthaltstitelerhalt sei.
Frau Gleisberg legt dar, dass der überwiegende Teil Stralsund verlassen will und vorwiegend nach Hamburg oder in südliche Bundesländer ziehen möchte.
Jedoch steht noch die Änderung des Aufenthaltsgesetzes aus, womit die Flüchtlinge dann in Stralsund bleiben müssen.

Frau Dr. Stahlberg erkundigt sich, wie es sich mit Übergriffen innerhalb der kulturellen Gegebenheiten in den Einrichtungen verhält.
Frau Gleisberg teilt mit, dass es in den Gemeinschaftsunterkünften Machtkämpfe gibt und diese meistens aufgrund von kulturellen Unterschieden verschiedener Herkunftsländer oder Religionen hervorgerufen werden. Dies waren keine Reibereien, die presserelevant und besorgniserregend waren. In den dezentralen Wohnungen finden solche Machtkämpfe ebenso statt. Bei solchen Vorkommnissen erfolgt dann eine sehr schnelle Reaktion des Landkreises.

Frau Dr. Carstensen informiert sich, ob der Landkreis Vorpommern-Rügen die Flüchtlinge vor Ort behalten möchte.
Frau Gleisberg äußert sich, dass die Flüchtlinge natürlich willkommen und die gut ausgebildeten nützlich für die Region sind. Viele haben dennoch den Wunsch von hier weg zu gehen.
Die Jugendherbergen sollen bis 01.03.2016 frei gezogen werden, damit sie wieder für ihren ursprünglichen Zweck zur Verfügung stehen.
Der Landkreis entwickelt Ideen dahingehend, dass Wohngruppen angeboten werden sollen.
Der Familiennachzug bereitet dann in Zukunft das nächste Problem.

Frau Bischoff ergänzt, dass ein Integrationsgipfel im Oktober 2015 stattfand.
Junge und qualifizierte Leute sollen gehalten werden, da sie für unsere Region aufgrund des demografischen Wandels und des daraus resultierenden Fachkräftemangels, insbesondere im Bereich Hotel und Gastronomie wichtig sind.

Um die hier ankommenden Fachkräfte zu halten, wurden fünf Arbeitsgruppen mit jeweils einem Spezialbereich gegründet.

Frau Quintana Schmidt erfragt, wie viele Flüchtlingskinder derzeit in Stralsund sind, wie viele in Kitas, Schulen usw. untergebracht sind und wie hoch der Anteil der Kinder ohne Eltern ist. Frau Gleisberg kann zu der Zahl der Kinder in Stralsund keine Information geben, wird dies aber nachreichen. Des Weiteren besteht für diese Kinder die Schulpflicht und ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, wobei beim letzteren die Eintragung in Wartelisten erfolgt und diese sich somit wie alle anderen Kinder einreihen müssen.

Auf die Fragen von Frau Ehlert teilt Frau Bischoff mit, dass beim 2. Integrationsgipfel in der zweiten Kalenderwoche dieses Jahres festgelegt wurde, dass eine Steuerungsgruppe, in welcher die Leiter der vorhandenen fünf Arbeitsgruppen tätig sind, zur Vernetzung und Besprechung erschaffen wird. Das Interesse an der Teilnahme am Integrationsgipfel war mit 53 Personen hoch, was einiges an Aufwand bedeutet. Somit findet der nächste Gipfel im Oktober 2016 statt. Währenddessen trifft sich die Steuerungsgruppe vierteljährlich.
Frau Gleisberg ergänzt zu Frau Ehlerts Frage, dass Erwachsene und Kinder alle benötigten Impfungen bekommen. Zur Kontrolle gehen Ärzte ebenfalls in die Einrichtungen und prüfen den Impfstatus.
Frau Bischoff fügt hinzu, dass Impfbereitschaft besteht und die Impfquote in Syrien hoch sei.

Herr Albrecht führt fort, dass der Integrationsbeauftragte auch für über 3000 Personen mit über 100 verschiedenen Nationalitäten in Stralsund zuständig ist, welche durch die Flüchtlingssituation nicht vergessen werden dürfen.
Darauf informiert Frau Bischoff, dass sie eher als Ansprechpartnerin für die Personen zur Verfügung steht, die mit den Flüchtlingen und Ausländern arbeiten. Ein großes Thema stellt das Ehrenamt dar, an dessen Koordination und Organisation im Landkreis gearbeitet wird. Stralsund hat mit dem Kreisdiakonischen Werk Stralsund e.V. bereits eine Koordinierungsstelle.

Frau Kindler informiert, dass durch eine Vielzahl von Einschreibungen in Studiengängen an der Stralsunder Fachhochschule wahrscheinlich viele Flüchtlinge vor Ort gehalten werden können.
Zurzeit gibt es 78 minderjährige Kinder ohne Eltern, wobei für die Zukunft mit 180 gerechnet wird.

Eine erneute Beratung und Sachstandslage findet im September dieses Jahres statt.

zu 4.3 Migrations- und Integrationsbeauftragte/er - Sachstand der Stellenbesetzung

Herr Albrecht legt dar, dass der Haushalt inklusive einer 40-Stunden-Stelle der Migrationsbeauftragten beschlossen wurde. Ein Stellenprofil und die Aufgabenbeschreibung liegen dem Oberbürgermeister vor und sind bereits abgestimmt.
Wenn der Haushalt im Innenministerium behandelt wird, soll eine vorfristige Freigabe erfolgen, um die Stelle zu besetzen.

zu 5 Verschiedenes

Herr Kremser erfragt den Sachstand der bereits angesprochenen Themen aus der Sitzung vom November des letzten Jahres.

Herr Bogusch erörtert daraufhin, dass der Bereich am Lindenrondell mit einem Spezialbelag versehen wurde um besonderen Belastungen Stand zu halten. Dieser muss einen gewissen Trockengrad für die Freigabe erreichen. Aufgrund von viel Regen im Herbst des letzten Jahres und derzeitigem Frost kann dies nicht erreicht werden, sodass der Bereich noch gesperrt ist. Im Frühjahr wird mit der Freigabe gerechnet.
Herr Bogusch wird in der nächsten Sitzung Informationen zu den Themen

1. Fahrradweg Kreuzung Heinrich-Heine-Ring - Prohner Straße Richtung Berufsförderungswerk
2. Dunkelheit auf dem Weg von der Sporthalle bei der Diesterweg-Schule bis Majakowskistraße

geben.

Auf eine weitere Anfrage von Herrn Kremser legt Herr Bogusch dar, dass nur ein Mitarbeiter der Verwaltung Stralsunds für die Kontrolle der Einhaltung der Reinigungspflicht der Anlieger - Winterdienst - zuständig ist. Der Mitarbeiter versucht vor Ort Kontakt aufzunehmen und fordert zur sofortigen Beseitigung der Unfallquelle auf. Selten kommt es vor, dass eine Ersatzvornahme auf Kosten des Anliegers vorgenommen wird.

Frau Kindler fügt hinzu, dass neben der Sarnowstraße auch die Fläche vor dem Schilldenkmal sehr glatt war. Zudem hinterfragt Frau Kindler, wie es sich mit den Radwegen bei Schnee und Glätte verhält.
Herr Bogusch erläutert, dass nach seinem Kenntnisstand die Anlieger auch hier die Pflicht der Räumung haben. Wenn der Radweg nicht geräumt ist, dann darf auch auf der Straße gefahren werden.

Für den Arbeitsplan 2016 sind Änderungen und Ergänzungen vorgenommen worden.
Der aktualisierte Arbeitsplan wird mit den Unterlagen der nächsten Ausschusssitzung ausgegeben.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit her und gibt die Beratungsergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

gez. Sabine Ehlert
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung

TOP Ö 5.1

Daniel Ruddies
Zuckerrübenweg 17
18439 Stralsund

Stralsund 21.01.2016

An den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

über

Büro des Präsidenten d. Bürgerschaft
Hansestadt Stralsund
Postfach 2145
18408 Stralsund

Anregung nach § 3 Geschäftsordnung Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund,

Sehr geehrte Damen und Herren des Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung,

Ich möchte mit meinem Schreiben eine Überprüfung der Verkehrsführung im Bereich des Tribseer Damm/Frankenwall/Knieperwall vor der integrativen Kindertagesstätte Spielkiste, zur Vermeidung von Gefährdungen im Bereich des Ein- und Aussteigens vor der Kindertagesstätte und beim Überqueren im Bereich der Einfädelspur des Kreisverkehrs anregen. Einer Überprüfung bedarf es hier auch für die konkurrierenden Geschwindigkeitsbeschränkungen im Bereich Kreuzung Knieperwall/Tribseer Damm.

Sachverhalt:

Nach Freigabe des neugebauten Kreisverkehres im Bereich des Tribseer Damm/Frankenwall, kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen für Kinder und andere Verkehrsteilnehmer im Bereich der Kurzzeitparkplätze beim Ein- und Aussteigen vor der integrativen Kindertagesstätte „Spielkiste“, sowie im weiteren Verlauf beim Überqueren des Kreisverkehrs in Richtung Innenstadt.

Es ist für den motorisierten Verkehrsteilnehmer nicht klar ersichtlich, ob sich eine vor dem Younior-Hotel beginnende Geschwindigkeitsbegrenzung Verkehrszeichen 136 Kinder i.V.m. Verkehrszeichen 274-53 zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h (Bild 1) nach dem abbiegen der Vorfahrtsstraße Triebsser Damm in Richtung Frankenwall (Bild2) noch gilt.

Für Verkehrsteilnehmer die aus Richtung Knieperwall (Bild 5) kommen ist es weiterhin nicht ersichtlich, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung im Bereich Tribseer Damm/Frankenwall (Bild2) besteht. Für Verkehrsteilnehmer gilt hier weiter 50 km/h da, sie nicht durch Verkehrszeichen nach der Kreuzung auf das Bestehen der Geschwindigkeitsbegrenzung der abbiegenden Vorfahrtstraße hingewiesen werden.

Folge daraus ist, dass die Verkehrsteilnehmer der Meinung sind, dass hier die innerorts zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gilt. Im weiteren Verlauf wird die am Kreisverkehr vorbeiführende Einfädelungsspur dann als **Beschleunigungsspur** benutzt um vor aus dem Kreisverkehr ausfahrenden Verkehr die Karl-Marx-Straße zu befahren.

Dieses führt zu einer permanenten Gefährdung (vor allem in den Stoßzeiten) von Fußgängern und anderen Verkehrsteilnehmern durch deutlich zu schnelle fahrenden PKWs, vor allem von Kinder die immer wieder auch zwischen den Autos hervortreten und im Bereich der Überquerung des Kreisverkehrs durch Fußgänger. Bild 3,4

Im Bereich des Younior-Hotels wird der fließende Verkehr gezielt durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h mit dem Hinweis auf Kinder geregelt. Diese Maßnahme sollte im Bereich der Kindertagesstätte mit ca. 300 Kindern erst recht gelten und die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer erhöhen.

Hier sollte durch das Anbringen eines Verkehrszeichens Kinder i.V.m. Verkehrszeichen 274-53 zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h an die vorhandenen Schildermasten, eine kostengünstige Lösung möglich sein, welche die Verkehrssicherheit an diesem Gefahrenpunkt schnell und unbürokratisch erhöht und zwar bevor jemand zu Schaden kommt! Eine Geschwindigkeitsüberwachung durch die Ordnungsbehörde sollte gerade an neuralgischen Punkten wie diesem ein Muss darstellen und den Verkehrsteilnehmern ein ordnungsgemäßes Verhalten abverlangen.

Hochachtungsvoll,

Daniel Ruddies

Bild1

Bild 2

Bild 3

Bild 4

Bild 5

TOP Ö 5.2

Zuarbeit:

Herr Dr. Badrow bittet Herrn Paul (also das Büro des Präsidenten:-) um Organisation und Durchführung einer Rollstuhl-Rallye im Frühsommer (Juni: 2., 23., 30. sehen beim OB gut aus). Teilnehmen sollten: Präsident, OB und möglichst viele Mitglieder der Bürgerschaft. Ziel ist es, im wortwörtlichen Sinn selbst zu erfahren, wie sich die Situation für Rollstuhlfahrer in der Altstadt darstellt, um bei künftigen Fragen im Spannungsfeld Denkmalschutz vs. Barrierefreiheit die richtigen Entscheidungen zu treffen. Fachkundige, weil selbst im Rollstuhl, Ansprechpartnerin ist Frau Ina Hellmann (Frankenstraße 1, Handy: 0174 - 651 08 34), die gestern zum Gespräch beim OB war. Sie weiß sicher, wo man für die Testfahrt Rollstühle leihen könnte, welche Strecke sich eignet und wer seitens "echter" Rollstuhlfahrer die "Amateure" begleitet.